



Wiederholte Kündigungs-Bekanntmachung.
Unter Bezugnahme auf unseren Kündigungserlass vom 9. December v. J. fordern wir die Inhaber aller damals aufgerufenen, aber bisher noch nicht eingelieferten schlesischen Pfandbriefe wiederholentlich auf, gedachte Pfandbriefe, welche in dem nächsten Johannisthume durch Barzahlung des Nennwertes und bezüglich durch gleichhaltige Pfandbriefe eingelöst werden sollen, unverzüglich an das landschaftliche Depositorium abzuliefern.

Wenn die Einlieferung auch bis zu dem vorbezeichneten Versalltermine nicht erfolgen sollte, so werden die Inhaber nach Vorschrift der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 6. August 1840 (G.-S. 1840 XVII. 2116) mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgedrückte Spezialhypothek präcludirt und die Pfandbriefe in Ansehung dieser Spezialhypothek für vernichtet erklärt; es wird dies in den Landschaftsregistern und in den Hypothekenbüchern vermerkt, und die Inhaber werden mit ihren Ansprüchen auf Zahlung des Pfandbrieswertes nur an die Landschaft verwiesen, die Baluten der gekündigten Pfandbriefe werden auf Gefahr und Kosten der Gläubiger zum landschaftlichen Depositorium genommen und die Kosten des Aufgebots aus den Zinsen gedeckt werden. Das spezielle Verzeichniß aller solcher gestalt wiederholter Pfandbriefe liegt hier bei. Breslau, am 1. März 1845.

Schlesische General-Landschafts-Direction.

Diejenigen Civil- und Militair-Personen, welche aus der unterzeichneten Bibliothek Bücher geliehen haben, werden hiermit benachrichtigt, daß solche wegen der zunehmenden Revision bis spätestens den 15. März und zwar täglich von 10—12 Uhr Vormittags abzuliefern sind. Breslau den 3. März 1845.

Die Königliche und Universitäts-Bibliothek.

Dr. Elvenich.

Übersicht der Nachrichten.

Landtags-Angelegenheiten. Aus Berlin, Posen, von der Wupper und aus Koblenz. — Schreiben aus Frankfurt a. M., Giesen (Georg), Offenbach, Stuttgart (die Kammer, Chownik), Leipzig, Annaberg und Hannover. — Aus Wien (Besinden des Papstes). — Aus Russland. — Aus Paris. — Aus Spanien. — Aus der Schweiz. — Aus Rom.

Landtags-Angelegenheiten.

Provinz Schlesien.

Breslau, 1. März. — In der 15ten Plenarsitzung vom 25. Februar folgte nach Beendigung der Berathung über die Handels-Firmen der Vortrag des Referats des 4ten Ausschusses über die 5te Allerhöchste Proposition, enthaltend

den Gesetzentwurf in Betreff der Vererbepachtung von Grundstücken, welche unter Lehn- oder Fidei-Commis-Verbande stehen.

Der Director des Ausschusses eröffnete den Vortrag mit der Bemerkung, daß in dem Referat durchgehends von der abweichenden Meinung der Majorität und Minorität des Ausschusses die Rede sei, indem eine Vereinigung der Prinzipien über den vorliegenden Gesetzentwurf zwischen der aus sechs Mitgliedern der Städte und Landgemeinen bestehenden Majorität und der von fünf Mitgliedern der Ritterschaft gebildeten Minorität nicht erreicht werden können. Die Motive zum Gesetzentwurf enthalten einen allgemeinen in nachstehendem Auszuge wiedergegebenen Überblick der Rechtsgeschichte dieses Zweiges der Gesetzgebung. Die im allgemeinen Landrecht enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Lehn- und Familien-Fidei-Commisse verordnen, daß ein Mehreres als einzelne Theile oder Stücke des Lehn- oder Fidei-Commis gar nicht vererbepachtet werden, ohne resp. Bewilligung des Ober-Eigentümers oder Familienschluß. Weder jene noch dieser war erforderlich bei Vererb-

pachtung eines einzelnen Theiles oder Stückes vom Lehn oder Fidei-Commis; dem Nachfolger im nutzbaren Eigenthum stand jedoch der Nachweis zu, daß die Substanz durch die Vererbepachtung vermindert oder verschlimmt worden, und unter dieser Voraussetzung konnte er den Vertrag anfechten. Die hieraus entspringende Rechtsunsicherheit machte den Abschluß von Erbpachtsverträgen auch über einzelne Theile des Lehn- oder Fidei-Commis ohne Consens des Lehnsherren oder ohne Familienschluß fast ganz unthunlich. Eine Erleichterung der Vererbepachtung einzelner Lehn- oder Fidei-Commis-Theile, Krüze, Mühlen, oder von dem Hauptthilf entfernt gelegenen Grundstücke war in der That ein Bedürfnis.

Diesem wurde weit über seine Grenzen hinaus durch die ergreifende Bestimmung des §. 5 des Edikts vom 9. October 1807 abgeholfen, welche besagt,

„daß nicht nur einzelne Theile und Pertinenzen sondern auch das Vorwerkland ganz oder zum Theil vererbepachtet werden darf, ohne daß bei dem Lehn- oder Eigentümer, den Fidei-Commis- und Lehnsholfern und den ingrossirten Gläubigern aus irgend einem Grunde ein Widerspruch gestattet wird, wenn nur das Erbstands- oder Einkaufsgeld zur Tilgung des zuerst ingrossirten Kapitals, oder bei Lehn- und Fidei-Commis in etwaniger Ermangelung ingrossirter Schulden zu Lehn oder Fidei-Commis verwendet, und in Rücksicht auf die nicht abgelösten Realrechte der Hypotheken-Gläubiger von der landschaftlichen Kredit-Direction der Provinz oder von der Landesbehörde attestirt wird, daß die Vererbepachtung ihnen unschädlich sei.“

In eine noch bedenklichere Lage, als sie durch §. 5 des Edikts an sich schon war, ist die Sache durch das Kultur-Edikt vom 14ten September 1811 gekommen, welches in §. 2 den Erbpächtern, ohne alle Einschränkung und also auch solchen, welche Lehn- oder Fidei-Commis-Gut in Erbpacht haben, die Besugniss ertheilt, den Kanon nach dem Zinsfuß von 4 p. Et. abzulösen. Auf diesem Wege ist es allerdings möglich geworden, nach der Ansicht mehrerer Obergerichte, ein ganzes Lehn oder Fidei-Commis, nach der begründeten Ueberzeugung der großen Mehrzahl der Provinzialbehörden aber, ein solches, wenn auch nicht ganz, doch seinem eigentlichen und wesentlichen Bestandtheile nach, in ein Geldlehn oder Geld-Fidei-Commis zu verwandeln.

Die Bestimmung des Kultur-Edikts im §. 6 ist durch die §§. 15 und 16 des Gesetzes über Familienschlüsse bei Familien-Fidei-Commis und Lehn vom 15. Februar 1840 abgeändert; die neueren Vorschriften stehen aber eben so wenig als die ältern mit denen über die Vererbepachtung in Einklang. Endlich bleibt noch zu erwähnen, daß durch die Allerhöchste Ordre vom 28sten Juli 1842 die Bestimmungen des §. 5 des Edikts vom 9. October 1809, soweit durch dieselben den Lehn- oder Fidei-Commisbesitzern die Vererbepachtung des Vorwerkslandes oder einzelner Pertinenzen von Lehn- und Commis-Gütern ohne die Zustimmung des Lehn- oder Eigentümers und der Lehn- oder Fidei-Commis-Nachfolger gestattet ist, bis auf weitere Verordnung suspendirt worden sind. Es gelten also zur Zeit:

- 1) in Bezug auf, nach dieser Suspension geschlossene oder noch zu schließende Erbpachts-Verträge über Lehn- oder Fidei-Commisgut die Vorschriften des Landrechts, welche, wegen der aus ihnen für den Erbpächter hervorgehenden Rechtsunsicherheit, den Abschluß solcher Verträge fast unausführbar machen.
- 2) in Bezug auf alle Erbpachts-Verträge, also auch auf die über Lehn- und Fidei-Commisgut geschlossenen oder noch zu schließenden, die Vorschriften des Kultur-Edikts über die unbeschränkte Ablösbarkeit.

Für die Ablösung der bestehenden Gesetzgebung sprechen mithin folgende Gründe:

- 1) der nachgewiesene Mangel an Konsequenz und Übereinstimmung in der Gesetzgebung;
- 2) der Umstand, daß nach der bestehenden Gesetzgebung ohne alle Buzierung der Berechtigten, das Lehn- oder Fidei-Commis wesentlich verändert werden kann. Bis auf Schloß, Gärten und Walbung kann jedes Lehn oder Grund-Fidei-Commis in ein Geldlehn oder Geld-Fidei-Commis verwandelt werden;

3) die Interessen der Berechtigten können sonach auf das Wesentlichste benachtheilt werden, nicht allein in dem Fall, in welchen die Vererbepachtung geradehin in frundem derselben geschieht, sondern auch, wenn dies nicht der Fall ist; der Besitz von Grund und Boden gibt eine andere Stellung, als der einer Geldrente, und ein Verlust der ständischen mit demselben verbundenen Rechte kann für die Besitznachfolger nach der bestehenden Gesetzgebung sehr leicht herbeigeführt werden. Hierzu tritt noch die entschiedene materielle Gefahr, daß, wenn auch das Verhältniß des Einstandsgeldes und des Kanons zum Gutsertrag richtig bemessen wird, doch dieses Verhältniß nicht unveränderbar und die Vererbepachtung dem Nachfolger sehr wesentlich nachtheilig wird, wenn der Werth der Grundstücke steigt und der des Geldes sich mindert;

4) diese Benachtheiligung ist ein Eingriff in die Privatrechte und zwar des Stifters, welcher auf die Aufrechthaltung seines Willens ein Recht hat und der Successionsberechtigten, welche aus diesem Willen einen Anspruch erworben haben;

5) die Fortdauer einer offensuren Rechtsverlegung, über welche man bei dem Gesetz von 1809 sich sich hinwegsehen zu müssen glaubte, ist weder gerechtfertigt noch nothwendig. Daß die Landeskultur sich in Folge der agrarischen Gesetzgebung sensreich gehoben hat, wird von allen Seiten erkannt. Von der Vererbepachtung von Lehn- und Fidei-Commisgrundstücken ist aber erst in neuerer Zeit und in größerem Umfange selten Gebrauch gemacht worden, und der Kausalzusammenhang zwischen der unbeschränkten Gestaltung solcher Vererbepachtung und dem Steigen der Landeskultur dürfte schwer nachzuweisen sein;

6) die Bestimmung, daß Lehn- und Fidei-Commis, ohne alle Rücksicht auf die Rechte des Lehnsherren und der Agnaten, vererbepachtungsfähig seien, steht mit der obigen gleichzeitigen Gesetzgebung keineswegs in solchem Zusammenhange, daß durch ihre Aufhebung oder Modification jene Gesetzgebung lückenhaft werde;

7) der größere, durch Fidei-Commis in seiner Fortdauer geschützte Grundbesitz bildet einen integrierten Theil der ständischen Verfassung in den meisten Provinzen. Mit dieser ständischen Gesetzgebung steht es in offenbarem Widerspruch, wenn auf der anderen Seite die Gesetzgebung die Mittel giebt, den fidei-Commisarischen Grundbesitz gegen den Willen der Berechtigten zu zerstreuen und aus der Familie zu bringen.

Nach dem Vortrage der allgemeinen Übersicht wurde zu dem Referat selbst übergegangen, welches im Sinne der Majorität abgefaßt, folgende Gesichtspunkte bei Urtheilung des Entwurfs beachtet:

- 1) den gesetzlichen,
 - 2) den hohen Willen des Gesetzgebers,
 - 3) die Zukunft Schlesiens,
- und sich die Aufgabe gestellt hat, nachzuweisen, daß die Fidei-Commis für das allgemeine Wohl des Volkes offensuren Nachtheile herbeiführen, welche dadurch gemildert werden sollen, daß das System der Vererbepachtung beibehalten und dadurch bewirkt werde, daß der Boden dem Volke zur Benutzung und freiem Verkehr überlassen bleibe. In Consequenz dieser Ansicht hat die Majorität zu §. 1 das Amendement gestellt:
- a) die Beschränkung, daß nur diejenigen erinnern, welche wegen ihrer Entfernung vom Hauptgute oder von dessen Vorwerken aus ohne Schwierigkeit nicht bewirthschafet werden können, und solcher Gütscheile, welche wegen ihrer Geringfügigkeit von keinem Einfluß auf die Bewirthschafung des Gutes sind, vererbepachtet werden dürfen, auszulassen.

Vor dem Beginn der Diskussion wurde von einem Mitgliede der Versammlung die Frage gestellt: ob die Verschiedenheit der Lehne in Betracht gezogen worden, indem bei uneigentlichen Lehnen keine Veranlassung vorliege, eine Erschwerung der Vererbepachtung eintreten zu lassen, und darauf beschlossen, der uneigentlichen Lehne in der

Rhein-Provinz.

Adresse mit dem Bemerk zu erwähnen, daß bei ihnen die Vorschriften des vorliegenden Gesetzes nicht in Anwendung kommen mögen.

In Bezug auf das obige Amendement wurde angeführt, daß durch die Aufhebung der im §. I enthaltenen Beschränkung der ganze Sinn des Gesetzes wegfallen, es handle sich daher bei dieser Frage um die Verwerfung des ganzen Gesetzes. Es wurde darauf hingewiesen, daß hier in Frage gestellt werde, ob das Recht des Ober-Eigentümers, also bei Lehnen des Landesherrn, bei Fidei-Commissen der Familie, geehrt werden solle oder nicht? Es sei die Aufgabe des Gesetzes, beide Interessen zu vereinigen, nämlich dem Beträge und Nachtheil vorzubeugen, wodurch ein gewissenloser Fidei-Commissbesitzer die Rechte seiner Aignaten im höchsten Grade zu beeinträchtigen vermöge, wogegen durch die unter gewissen Modificationen nachgelassene Vererbpflichtung allen Ansprüchen an die Förderung der Landeskultur genügt sei.

In diesem Sinne entwickelte ein Abgeordneter der Ritterschaft, daß mit der Erledigung des Amendements des Ausschusses über das ganze Prinzip des Gesetzes entschieden werde. Majorate, Fidei-Commiss und Lehne könnten unter dreifachem Gesichtspunkte betrachtet werden:

- a) in finanzieller,
- b) in politischer und
- c) in rechtlicher Beziehung.

In der ersten Hinsicht könne die Möglichkeit ihrer Errichtung und Fortdauer verneint werden, aus dem politischen Gesichtspunkte sei die Beantwortung der Frage von gewissen Bedingungen abhängig. In diesen beiden Beziehungen liegt aber das Gesetz nicht vor, welches sich lediglich auf den rechtlichen Gesichtspunkt beschränkt, und die vorliegende Frage ist:

soll das Rechtsverhältniß der Fidei-Commiss ehrlich festgehalten werden, oder soll die gegenwärtige Lücke in der Gesetzgebung, welche jeder Verdrehung und Umgehung des rechtlichen Zustandes Thür und Angel öffnet, unergänzt bleiben?

Mit der Controverse, ob die Erhaltung von Majoraten wünschenswerth sei oder nicht, habe die zu erledigende Frage nichts gemein; das Gutachten der Majorität des Ausschusses habe daher die Berathung auf ein fremdes Feld gezogen.

Ein Abgeordneter der Städte rechtfertigt seine, dem Gesetz in seiner gegenwärtigen Fassung zuwiderlaufende Meinung damit: Es müsse zugegeben werden, daß durch obiges Amendement das Gesetz ein anderes werde. Von Schlesien aus sind noch keine Anträge erhoben worden, das Bedürfnis nach dem Gesetz liegt hier nicht vor, und es wird durch Hervorruhung neuer Fidei-Commissen nachtheilig auf die Landeskultur durch Fixierung des beweglichen Grundeigenthums wirken. Es handelt sich hier um ein politisches Votum. Dies kann nur im Interesse des Fortschrittes gegeben werden, obgleich vom privatlichen Standpunkte nichts gegen das Gesetz eingewendet werden kann. Durch das Gesetz von 1842 besteht der Zustand schon faktisch, welchen das Gesetz sanctioniren soll. Gegen die neue Verordnung ist deshalb zu stimmen, weil, wenn später Petitionen gegen die Errichtung von Fidei-Commissen eingereicht werden sollten, ein gegenwärtiger Beschluß für dieselben im Widerspruch stehen würde. Die Gesetzgebung von 1807 ist das Palladium des preußischen Volkes und daher in ihrem Sinne zu beschließen.

Ein Mitglied der Ritterschaft entgegnet hierauf: das Palladium Preußens ist die Gerechtigkeit.

Nach dieser Debatte wurde über das oben erwähnte Amendement der Majorität des Ausschusses abgestimmt. Es ergaben sich

41 Stimmen für und 43 gegen dasselbe mithin fand keine absolute Mehrheit statt und die Meinungen beider Theile sind in der Adresse aufzuführen.

Das zweite von der Majorität des Ausschusses gestellte Amendement lautet in §. I: auch die Jagd und den Bergbau von den nicht zu vererbenden Gegegenständen auszunehmen.

Nachdem die Versammlung auf den Antrag eines Mitgliedes beschlossen hatte

in der Adresse eine nähere Erläuterung über die Bedeutung des Wortes: Bergbau zu erbitten, indem darunter das Bergregale, das Exclusivrecht und das Dominial-Mitbaurecht verstanden werde, wurde zur Abstimmung geschritten, welche

37 Stimmen für und 45 wider

das Amendement ergab. Bei der Abstimmung über den ganzen Paragraph sprachen sich

43 Vota für und 41 wider denselben aus. Unter den, für die Amendements und wider den Paragraph stimmenden, war der gesammte Stand der Landgemeinen und der überwiegend größte Theil der städtischen Abgeordneten inbegriffen.

Provinz Preußen.

Danzig, 22. Febr. (Danz. 3.) In der neunten Plenarsitzung am 18. Febr. 1845 wird in der Erörterung der Feldpolizei-Ordnung fortgesfahren. Die baldige Erhebung des Gesetzentwurfs zum Gesetz wird dringend wünschenswerth erachtet.

Koblenz, 20. Febr. (Rh. u. Mos.-Z.) Der Hr. Landtags-Marschall machte mehrere von dem Hrn. Landtags-Commissar empfangene Mittheilungen. Hierauf nahm ein Abg. der Städte das Wort, um einige Erwägungen vorzutragen, wozu ihn die, der Versammlung vorliegende Geschäftsordnung veranlaßt, deren Erörterung er sich in der zweiten Sitzung des diesjährigen Provinzial-Landtags vorbehalten hatte. Meine Bitte an Ew. Durchl. und an die Versammlung, schloß derselbe seinen Vortrag, geht dahin, in das heutige Protokoll die folgende Erläuterung einzufügen zu lassen: Die §§. 2 und 4 der Geschäftsordnung beziehen sich auf Anträge, welche eine Eingabe an den Königs Majestät bezwecken. Inwiefern andere Anträge vor der Discussion an einen Ausschuß zu verweisen seien, entscheidet der Hr. Landtags-Marschall, oder, wenn mehr als 6 Abgeordnete mit der Entscheidung des Herrn Landtags-Marschall nicht einverstanden sind, die Versammlung. Hr. Landtagsmarschall: Aus dem so eben vernommenen Vortrage entnehme ich zuvörderst, daß es nicht die Absicht des geehrten Mitgliedes ist, eine Diskussion über den Gegenstand zu veranlassen, und hierin finde ich meine eigene Ansicht vollkommen ausgesprochen. Soweit ich sodann auf die Sache selbst einzugehen habe, ist zu erwähnen, daß bemerkt worden ist, es lägen schon jetzt eine Anzahl von Eingaben Einzelner dem Landtage zur Verhandlung vor. Dies röhrt daher, daß mir keine Bestimmung bekannt ist, welche einen Abgeordneten verhinderte, solche Eingaben dem Landtage vorzulegen. Die Geschäftsordnung bedient sich daher des weitesten Ausdrucks, indem sie die Vorlage solcher Eingaben nur von der Vermittelung eines Abgeordneten abhängig macht.

In Bezug auf die gewünschten Erläuterungen zu den §§. 2 und 4 der Geschäftsordnung ist zu bemerken, daß ich in diesen §§. allerdings an nichts Anderes gedacht habe, als an dasjenige, was nach dem gewöhnlichen, allgemein angenommenen Sprachgebrauch Anträge genannt wird, nämlich für sich bestehende Motiven von Abgeordneten, welche in der Absicht eingebracht werden, daß der dadurch angeregte Gegenstand auf dem gewöhnlichen Geschäftsgange vom ersten Anfange bis zum Schluss verhandelt werde. An solche Anträge, welche aus einer Berathung hervorgehen können und Theil einer Berathung ausmachen, Amendements u. s. w., ist dabei nicht gedacht, und ich würde dies, um den Unterschied gegen dasjenige, was nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch Antrag genannt wird, festzuhalten, auch lieber Vorschläge nennen. Die vorgeschlagene Unterscheidung, daß Alles, was eine Eingabe an Se. Maj. den König hervorzurufen beabsichtige, Antrag genannt werde, scheint mir nicht durchgreifend, da sehr wohl gerade ein bei einer Berathung auftauchender Vorschlag die Absicht haben kann, eine Eingabe an Se. Maj. den König zu veranlassen. Es muß hier der allgemeine Grundsatz feststehend bleiben, daß in einer Berathung Alles zuzulassen ist, was mit dem Gegenstande der Berathung auf eine natürliche oder nothwendige Weise in Verbindung steht, und Alles ausgeschlossen werden muß, was auf ein von dem Gegenstande der Berathung verschiedenes Feld führen könnte. Eine nähere Bestimmung wird sich hier nicht treffen lassen. Durch diese Erläuterung glaube ich dem vorgebrachten Wunsche entsprochen zu haben. Ein Mitglied des Ritterstandes bittet um das Wort über einen Gegenstand, der eine Entscheidung nötig mache. Es handelt sich nämlich um die Berichte, die dem Landtage erstattet werden sollen über die Verwaltung von Provinzial-Instituten. Es werden die Mitglieder der Verwaltungs-Commissionen als Mitglieder der ständischen Ausschüsse zu Referenten bestellt; diese Mitglieder sind aber die Rechnungsleger, sie können nicht auch zugleich Rechnungsabnehmer sein. Er trage darauf an, daß der Herr Landtagsmarschall bestimmen möge, daß künftig die Mitglieder der Verwaltungs-Commissionen nicht zu Referenten in ihrer eigenen Angelegenheit ernannt werden. Nachdem noch Mehrere das Wort genommen, bemerkt der Landtags-Marschall: Auf dem ersten Landtage stand das Recht, den Referenten zu bestimmen, dem Landtags-Marschall zu und darauf werde recurrit durch den Antrag, der zuerst gestellt worden sei. Späterhin, und wenn er sich recht erinnere, nicht nach einer Versüfung oder einer Beschlusnahme, die darüber vorgekommen wäre, sondern blos nach einer von ihm aufgestellten Betrachtung, daß der Ref. des Ausschusses am Besten auch immer Referent in der Versammlung sein werde, sei es dahin abgeändert, daß die Bestimmung der Referenten ein Geschäft der Directoren der Ausschüsse geworden sei, und wenn auf den ursprünglichen Zustand zurückgegangen werden sollte, so wäre zu bedenken, daß dadurch von seiner Seite in das Recht, das auf die Directoren übergegangen sei, eingegriffen werden würde. Schon diese Betrachtung und die weitere, daß eine Gefangenheit der Mitglieder der Ständeversammlung, die zu dem Ausschuss-Berichte gewählt werden, falls sie auch gerade Mitglieder der Verwaltungs-Commission wären, doch wohl nicht angenommen werden könne, bestimmt ihn, den Landtags-Marschall, hier nicht entscheidend einzutreten, sondern die Sache so anzusehen, daß bis auf Weiteres oder bis zur Stellung eines Antrages der bisherige Weg einzuhalten sei. Der Gegenstand wurde als ein

internum des Ausschusses diesem überlassen. Der Landtags-Marschall ließ nun zur Verlesung von Anträgen übergehen. Ein Abg. der Städte trägt einen Antrag vor, die Aufhebung der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 17. August 1825, das Glaubensbekenntniß der Kinder aus gemischter Ehe betreffend, welcher Antrag durch eine Petition vieler achtbaren Einwohner Nachsens, sowohl katholischer als evangelischer Confession, veranlaßt sei; geht an den zweiten Ausschuß. Derselbe, die Sicherung der Unabhängigkeit des Richteramtes und der persönlichen Freiheit; an den ersten Ausschuß. Ein Abg. desselben glaubt die Ansicht der ganzen Versammlung auszusprechen, wenn er den Druck dieses eben verlesenen Antrags erbitte. Von der Majorität wird diese Bitte unterstützt, worauf der Hr. Landtags-Marschall erklärt, daß er, falls die Versammlung es wünsche, nichts dagegen einzuwenden habe. Auf seine Aufforderung verliest ein Abg. der Städte eine Bitte des Handelsstandes von Ruhrort, wodurch eine Bundesflagge für den Zollverein und deren Vertretung beantragt wird. Derselbe legt ferner eine Petition des Stadtraths von Essen vor: 1) die bessere Vertretung der Städte, 2) Einführung einer richtigeren Besteuerungsweise, 3) die Emancipation der Juden betreffend, welche in Bezug auf den ersten Gegenstand an den sechsten, in Bezug auf den zweiten an den ersten und hinsichtlich des lehtern an den fünften Ausschuß verwiesen wird. Der Hr. Landtagsmarschall schließt die Sitzung mit der Eröffnung, daß weitere Anträge zur nächsten Sitzung den 22ten o. Vormittags 11 Uhr vorbehalten blieben, in welcher außerdem die Wahl des ständischen Ausschusses vorgenommen werden sollte.

Inland.

Berlin, 4. März. — Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht, den Rittergutsbesitzer und Ober-Landesgerichts-Assessor Freiherrn von Schroeter auf Angriffen zum Landrat des Kreises Preuß. Holland, im Regierungs-Bezirk Königsberg, zu ernennen.

(Span. 3.) Die Ältesten der hiesigen Kaufmannschaft haben unter dem 18ten v. M. an die Mitglieder ihrer Corporation ein Rundschreiben über die Errichtung eines Schiedsgerichts erlassen.

(Rh. und M.-Z.) Man erinnert sich, daß vor einiger Zeit viel die Rede war von der Erlaubnis, welche den Unteroffizieren der Armee gestattete, sich nach kurzem Aufenthalte auf einem Schultheir-Seminar zu Schultheiern auszubilden. Damals war die Sache auf einen einzigen Fall beschränkt, der sich aus der Individualität des Betreffenden ohne Zweifel rechtfertigen ließ. Diese Maßregel steht aber nicht mehr vereinzelt da. Ein Ministerial-Rescript bestimmt jetzt den Seminars-Directoren, jeden Unteroffizier, welcher 12 Jahre in der Armee gedient, zum Besuch des Seminars zuzulassen und, falls er nach einer Probezeit von 2 Monaten, während er seinen Unteroffiziersgehalt fortbezieht, Fähigkeiten zum Schulamte zeigen sollte, ihn nach 6 Monaten zum Examen zuzulassen. Sollten sich die Unteroffiziere in Masse auf dieses Fach werfen, so ist keinem Zweifel unterworfen, daß wir in einigen Decenniern eine ganz andere Schuljugend haben werden. Vorläufig ist dies — bei der so lämmlichen Stellung der Schultheire — nicht zu erwarten.

Posen, 26. Febr. (D. A. Z.) Die Excommunication Everski's hat nicht bloß seine Person, sondern außerdem auch alle Bekener seiner Lehre getroffen: also eine Excommunication en masse! Es scheint fast, daß unsere hohe Geistlichkeit in eben dem Grade an Besonnenheit verliere, in welchem die Zahl der Attirünnigen wächst, denn seitdem fast jeder Posttag Berichte von neugegründeten christ-katholischen oder deutsch-katholischen Gemeinden bringt, greift sie zu Repressivmaßregeln, die das Uebel nur ärger machen. Um so mehr ist zu wünschen, daß unser neuer Erzbischof, Hr. v. Przybuski, möglichst bald inthronisiert werde, da er Schärfe des Geistes und Lebensklugheit in hinreichendem Grade besitzt, um den richtigen Weg in einer so kritischen, aufgeregten Zeit einzuschlagen, wo ein unzeitiger Zelotismus zwar dazu führen kann, die rohe Masse zu fanatisiren, auf der andern Seite aber auch alle denkenden und besonnenen Katholiken dem römischen Supremat immer mehr entfremden muß.

Bon der Wupper, 26. Febr. (H. B.) Die Konstituierung einer deutsch-katholischen Gemeinde in Barmen und Elberfeld ist ein für die religiösen Beziehungen dieser Gegend wichtigeres Ereigniß, als es vielleicht anfangs den Anschein hatte. Es sollen nämlich eine nicht unbedeutende Anzahl Protestanten gleichfalls entschlossen sein, der neuen Kirche beizutreten, da für sie die Anmaßungen und Tendenzen der streng pietistischen Partei ihrer Geistlichkeit noch drückender sind, als die römische Hierarchie nur immer sein kann. Wie mit Bestimmtheit und von wohlunterrichteten Personen versichert wird, soll Ronje, zu einem Besuche von Barmen und Elberfeld eingeladen, nächstens dort eintreffen (eine Korrespondenz aus Naumburg wollte fälschlich bereits von seiner Durchreise wissen; Ronje ist nach wie vor in Breslau) und unter seiner Leitung eine ausgedehntere Konstituierung der neuen Gemeinde und die Beitrittsklärung der erwähnten protestantischen Partei erfolgen. Dieser Schritt würde die

Angelegenheit in ein neues Stadium leiten und selbst nicht ohne Wirkung auf die Ansichten und Angriffe der ultramontanen Partei bleiben.

Koblenz, 15. Februar. (Elsf. 3.) So eben erzählt man sich hier allgemein, daß von Sr. Maj. dem König die Ullerhöchste Entschließung an den hier versammelten Landtag eingegangen sei, wonach der Antrag des Lettern, den Abgeordneten Brust von Boppard, ungeachtet der gegen denselben schwebenden Untersuchung hierhin einzuberufen, abschlägig beschieden werden wäre. Der Stellvertreter des Herrn Brust, Herr Weinkauf von Kreuznach, der gleich bei Eröffnung des Landtages anstatt des Ersteren hier eingetroffen war, jedoch wegen seines Erscheinens in den Sitzungen Schwierigkeiten erfahren hatte, bleibt nunmehr hier, um an den Landtagsverhandlungen Theil zu nehmen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 27. Februar. — Die confessionelle Bewegung im katholischen Kirchenthume gewinnt in unserer Umgegend fast mit jedem Tage mehr Boden. Verlässlichem Vernehmen zufolge ist nunmehr auch in der herzoglich nassauischen Residenzstadt Wiesbaden eine deutsch-katholische Gemeinde in der Bildung begriffen, für die bereits 140 Beitrags-Eklärungen dort wohnender Katholiken abgegeben worden sind. Unter denselben macht man zwei hochgestellte herzogliche Staatsbeamte namhaft, von denen der Eine in Mischehe lebt und seither durch pfäffische Umtriebe vielfache Beleidigungen erfuhr. Von den 17 katholischen Einwohnern des nahe bei Offenbach gelegenen Fleckens Neu-Isenburg haben sich 16 der in jener Fabrikstadt kürzlich ins Leben getretenen deutsch-katholischen Gemeinde angeschlossen. — In öffentlichen Blättern los man unlängst: der vom Bischof Kaiser zu Mainz im September v. J. in seiner Diözese eingeführte Katechismus habe von Seiten der Gemeinde Bingen zu Remonstrationen Anlaß gegeben, die jedoch vom Prälaten als unstatthaft zurückgewiesen worden wären. Seitdem hat nun eine dem großherzoglichen Throne sehr nahe stehende Person, die in Mischehe lebt, Kenntniß von jenem Katechismus genommen und ihr höchstes Missfallen besonders über die darin enthaltenen, eben diese Chen betreffenden Lehren auf eine so nachdrückliche Weise geäußert, daß der Bischof wohl nicht wird Anstand nehmen können, den Katechismus zu widerrufen, oder doch denselben im Punkte jener Lehren wesentlich zu modifizieren. Wir wollen im Interesse des confessionellen Friedens und seiner Hauptbedingung, der gegenseitigen Duldsamkeit, verhoffen, daß nächstigen Falles die Staatsgewalt Maßregeln treffen wird, aus den katholischen Schulen des Großherzogthums ein Lehrbuch zu entfernen, das jenen Frieden nur stören, Familien-Eintracht nur gefährden kann. — Von unserer nahe bevorstehenden Ostermesse hegt man eben keine gar heißblütigen Erwartungen. Zwar dürfte es auch diesmal nicht an Waarenvorräthen fehlen, obschon die Unwegsamkeit der Landstrassen und der Eisgang der Flüsse deren Heranbringung sehr erschweren, allein wegen des frühen Eintritts dieser Messe und der noch immer sehr ungünstigen Witterung möchten sich wohl nur wenige Käufer einfinden, zumal sich die Gelegenheiten für sie mit jedem Tage mehren, durch direkte Beziehungen sich mit ihrem Bedarf zu versehen.

Gießen, 24. Februar. (Köln. 3.) In unserer Stadt hat ein anscheinend unbedeutendes Ereigniß großes Aufsehen erregt und zu mancherlei Combinationen Anlaß gegeben. In den in unserm Lande geführten politischen Untersuchungen, namentlich in dem Prozeß gegen Weidig, hat auch, wie aus den vielen darüber erschienenen Schriften bekannt, der Gefangenwärter Preuninger eine, vielmehr Ladel ausgestellte Handlungsweise bezeigt. Kurz nach Beendigung der politischen Untersuchungen wurde Preuninger zum Gerichtsdienner befördert. In letzter Zeit wurde die Stelle eines Kanzleidieners am Hofgerichte dahier vacat; eine große Menge bewährter und gedienter Militair- und Civil-Personen meldete sich um diese Stelle. Vor einigen Wochen schrieb plötzlich Preuninger an einen hiesigen Universitäts-Professor, er sei zum Kanzleidiener befördert worden, er bitte, für ihn ein gutes Logis zu miethen. Unter diesem Briefe empfahl der Hofgerichtsrath Georgi, die Anstellung des Preuninger bestätigend, dem Pedellen jene Bitte, indem er erklärte, Preuninger und er — Georgi — seien „alte Bekannte.“ Man glaubte der Nachricht nicht, weil kein Decret angekommen war, und weil man es nicht für möglich hielt, daß eine solche Beförderung gerade jetzt stattgefunden habe; aber einige Wochen nachher erfuhr das Publikum die Bestätigung. Man sprach nun die verschiedenartigsten Vermuthungen aus; es wollte den Leuten nicht einleuchten, daß Preuninger gerade ans Hofgericht befördert worden sei, und es hat sich nun daran das Gerücht gereiht, daß Hr. Georgi zum Rath des Ober-Appellations- und Cassations-Gerichtes zu Darmstadt ernannt worden sei.

Offenbach, 27. Februar. (F. J.) Sicherem Vernehmen nach hat Hr. Bischof Kaiser in Mainz eine Deputation derjenigen hiesigen Petenten, welche sich in der bekannten Vorstellung an ihn gewendet, zu sich beschieden, um persönlich eine hierauf bezügliche Unterredung mit ihnen zu pflegen.

Stuttgart, 27. Februar. (S. M.) Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung, nach dem Antrage der Kommission, die Wahl für Ebingen ohne Widerspruch für richtig erklärt. Nachdem in der gestrigen Sitzung der Abgeordneten das Protokoll über die geheime Sitzung vom 7. Febr. genehmigt wurde, theilten nunmehr die hiesigen Blätter den Bericht über die in dieser Sitzung statgehabte Berathung der (bereits mitgetheilten) Antwortadresse auf die Thronrede mit. In dieser Berathung kamen die Redner auf verschiedene interessante Punkte. Abg. Teufel bemerkte u. A. zunächst in Bezug auf die Stelle des Adressentwurfs, worin von dem raschen Bau der Bundesfestungen die Rede ist, „daß solange der Schwarzwald nicht befestigt sei, das Land einer kräftigen Schuhwehr entbehre“, welche Ansicht von mehreren Seiten unterstützt wurde, u. A. von Dörtenbach, welcher bemerkte, daß die Vollendung der Bundes-Festungen noch keine Vollendung des Vertheidigungssystems von Deutschland begreife. Fchr. v. Wöllmarth setzt auf die Kraft waffengesetzter Männer mehr Vertrauen, als auf die Stärke der Mauern. Römer sagte: „Wenn man sich über die Vollendung des materiellen Vertheidigungssystems in Deutschland so klar ausspreche, so glaubt er, daß auch die Vollendung des geistigen Vertheidigungssystems mit ebenso klaren Worten in die Adresse aufgenommen werden sollte. Nicht sowohl jene Befestigungen in Deutschland seien es, welche einen sichern Schutz gewähren, sondern es sei dies vielmehr die Eintracht im Innern, und diese könne nur gehoben werden durch möglichste Gleichförmigkeit in der Gesetzgebung und diejenigen Konzessionen, deren ein gebildetes Volk würdig sei, und die es von Rechts wegen fordern könne. Hier stehe in der ersten Linie die Konzession der Pressefreiheit; deshalb sollte sie als das allgemeinste und sicherndste Gut erwähnt werden. Er hätte in dieser Hinsicht noch mehrere Anträge zu stellen, besonders hinsichtlich einer möglichst baldigen Revision des Strafgesetzbuches; denn obgleich es erst sechs Jahre bestehet, sei es doch schon zu einer wahren Landes-Calamität geworden. Er enthalte sich hierüber eines Antrags, weil er zu glauben Ursache habe, daß innerhalb der gegenwärtigen Landtagsperiode die Regierung eine Revision beantragen werde, und beschränkte sich darauf, den Antrag zu stellen, in der Stelle der Adresse, welche sich auf die geistige Entwicklung Deutschlands beziehe, speciell anzudeuten, daß darunter die Pressefreiheit verstanden sei.“ (Fortsetzung folgt.)

Stuttgart, 27. Februar. — Julian Chownic, der jetzige Redakteur der „Ulmer Schnellpost“, sagt sich in der neuesten Nummer dieses Blattes durch einen energisch abgefaßten Absagebrief an die Hierarchie, überschrieben: „Meine Lossage von Rom“, — gleich Monge, Czersky, Licht, Blum, Regenbrecht und den andern zahllosen Katholiken, öffentlich und feierlich vom römischen Papst los, mit dem Wunsche, die in seiner Nähe wohnenden christkatholischen Glaubensgenossen möchten bald ein Gleiches thun. Zu diesem Behufe will er nächstens einen Aufzug und eine Einladung zu gemeinsamer friedlicher Berathung an sie ergehen lassen. „Die süddeutschen Katholiken sollen — sagt er — hinter den übrigen des Vaterlandes nicht zurückbleiben.“

Leipzig, 23. Februar. (Schwäb. Merk.) Die Redaktionen von Zeitungen können, nach einem neuen Vorgange, künftig bei uns zur Namhaftmachung anonymer Verfasser gezwungen werden. — Die Verwarnung unserer Regierung an die Leipziger Kommissions-Buchhändler wegen Spedition verbotener Bücher ist auf eine Reklamation der Buchhändler nicht allein festgehalten, sondern noch strenger eingeschärft worden. In der letzten Generalversammlung der Buchhändler beschloß man nun einstimmig, eine nochmalige Eingabe an die Regierung zu machen, da das Bestehen Leipzigs als deutschen Buchhändlermehoplazis durch die neuesten Vorgänge ernstlich gefährdet sei, wie schon aus dem Umstände hervorgehe, daß man in Berlin damit umgehe, eine Buchhändler-Börse zu gründen.

Annaberg, 22. Februar. (Elsf. 3.) Daß der größte Theil der noch nicht Entschiedenen in Kurzem der hiesigen neuen Gemeinde hinzutreten werde, ist nicht zu zweifeln, und so steht die neuerbaute jesuitische Kirche leer.

Hannover, 27. Februar. (Wes. 3.) Die Entscheidung, mit welcher Se. Maj. der König den jesuitischen Bestrebungen der katholischen Geistlichkeit unsres Landes entgegentritt, bildet hier vielfach den Stoff der Unterhaltung. Unter Anderem wird Folgendes erzählt: Der hiesige Kaufmann und Hostieferant Carl Schneider — von Geburt Katholik — schon seit längerer Zeit leidend, erbittet sich den Besuch eines der hiesigen katholischen Geistlichen. Der Besuch erfolgt, jedoch weigert sich der Geistliche, dem Kranken die Tröstungen seiner Religion zu spenden, weil er seine 11 Kinder nicht in der kathol. Lehre erziehen lasse. Herr Schneider läßt diesen Vorfall Sr. Majestät melden, worauf dem betreffenden Geistlichen die Weisung zugeht, entweder so-

gleich dem Verlangen des Kranken zu willfahren, oder binnen einer Stunde Hannover zu räumen. Das verhalf denn Herrn Schneider zur Erfüllung seines Wunsches. Eine ähnliche Weisung soll dem Pastor Seiters in Göttingen auf seine ungesetzlichen Versuche, die Frau eines bekannten Professors dahn zu bewegen, ihre Kinder katholisch werden zu lassen, geworden sein. — Als neulich der Pastor Jünemann (an der Magdalenen-Kirche zu Hildesheim) den protestantischen Einwohner Kläfscher mit einer katholischen Jungfrau aufbot, legte derselbe zum Beweise seiner Gesinnung zuerst das priesterliche Gewand ab und verrichtete diese Handlung dann in seiner gewöhnlichen Kleidung. Pastor Jünemann gehört zu den vertrautesten Freunden des Bischofs.

Hannover. (Weser-Zeitung.) In Hildesheim sandten in kurzer Zeit mehrere Uebertritte zum Katholizismus statt. Der Bediente des Bischofs Wandt heizte jüngst eine der Convertiten. Auch der Besitzer jener Buchdruckerei, aus welcher vor einem Jahre der Canisiusche Katechismus neu hervorging, gehört unter die Zahl der „Bekehrten.“ Derselbe ist jetzt Verleger einer Zeitschrift, der s. g. „katholischen Hildesheimerin.“ Wie auch bei uns der Geist der Spekulation fortschreitet, mögen Sie aus beiliegendem „Aufrufe zur Förderung eines kirchlichen Zweckes“ ersehen. Unter dieser Firma bietet eine Fabrik und Handlung in Goslar, um die Erbauung einer Orgel in der Marktkirche daselbst möglichst zu befördern, ihre Brantweine, Parfümerien, Dinten und Glanzwicken zur gefälligen Abnahme an. Fünf Prozent der Brutto-Einnahme werden der zu errbauenden Orgel zugestrichen. — Kaufst, kaufst!

Deutschreich.

Wien, 23. Februar. (L. 3.) Privatbriefe aus Ancona und aus Rom selbst kommen immer wieder auf die Behauptung zurück, daß das Befinden Gregor's XVI. zu sehr ernsten Besorgnissen Anlaß gebe. Se. Heiligkeit empfängt zwar gelegentlich Aufwartungen und hört nicht auf, sich den Staatsgeschäften zu widmen, aber mit sichtbarer Abnahme seiner Heiterkeit und Energie. Niemand, welcher die Bedeutung der kirchlichen Bewegungen unserer Zeit zu würdigen weiß, kann es sich verschaffen, daß ein Wechsel auf dem Stuhle Petri von hoher Bedeutung sein müsse.

Russisches Reich.

St. Petersburg, 25. Februar. (Sp. 3.) Heute soll der Graf Woronzow seine Rückreise von hier nach Odessa antreten. Von dort gehtet sich derselbe nach Tiflis zur Uebernahme der ihm höchstübergebenen neuen Charge zu begeben. — Ueber die nächsten Operationen des Kaukasus-Krieges verlautet: es liege nicht so sehr ein Offensiv-Krieg im gefassten Plane des Grafen, als vielmehr beharrliche Verfolgung seiner letzten Vorgänger: die Bergvölker in dem ihnen noch freien Spielraum ihrer Thätigkeit immer mehr zu beengen und einzuschließen, sie auf diese Weise möglichst zu schwächen und ganz aufzureißen. Ein nicht zu verbürgendes Gerücht sagt: der Kaiser habe die Gnade gehabt, den jüngst wegen seines Benehmens im Kaukasus einem Kriegsgericht unterworfenen General-Lieutenant von Rennenkampf mit Dienstverabschiedung und Aufhebung des Gerichts zu begnadigen.

Posen, 16. Februar. (A. 3.) Die strengen Massregeln der russischen Regierung im Königreich Polen, namentlich die vielen Verhaftungen, welche selbst die Ruhigsten mit Bangigkeit erfüllen, und die Verhaftungen in Betreff der Pässe ins Ausland, die für jede Person, Kinder und Bedienung nicht ausgenommen, nur gegen Entrichtung von 100 Silbergrubeln, und diese nur mit großer Schwierigkeit, ertheilt werden sollen, hat an 700 Familien veranlaßt, um Auswanderungspässe nachzu suchen; die Regierung wendet alles an, um sie davon abzubringen, sie verspricht und ertheilt wohl auch Einzelnen von ihnen noch Pässe ins Ausland unter den früheren leichten Bedingungen.

Frankreich.

Paris, 26. Februar. — Die Deputirten-Kammer war gestern vor der öffentlichen Sitzung in ihren Bureaux versammelt, um die erste Lesung der Proposition des Hrn. v. Remusat für ein schon zum östern beantragtes parlamentarisches Reformproject zu vernehmen. Es bezieht sich diese Proposition auf die Ausschließung gewisser Kategorien öffentlicher Beamter von der Wahlbarkeit in die Kammer. Es war diese sogenannte Incompatibilitätsfrage bereits nicht weniger als sechsmal unter verschiedenen Formen den Berathungen der Kammer unterbreitet. Eine Berathung über diesen Antrag hatte indeß gestern in den Bureaux nicht statt, weil sämtliche Minister erklärt hatten, daß die gleiche Proposition in der vorigen Session der Kammer zur Lesung in öffentlicher Sitzung zugelassen worden sei, so sähen sie keine Inconvenienz dabei, wenn ihre öffentliche Lesung in diesem Jahre wieder gestattet würde. Das Ministerium wird indeß den Reform-Antrag bekämpfen. Herr Guizot erklärte in seinem Bureau entschieden: er betrachte die Proposition als von Grund aus schlecht und den wahren Grundsätzen der Repräsentativregierung und den Interessen der Gesellschaft widerstreitend. Im fünften Bureau meinte ein Mitglied Herr von St. Priest

es müsse in dieser Sache etwas gethan werden. Der Finanzminister, Herr Lacave-Laplagne, entgegnete ihm kurz: es sei in dieser Sache nichts zu thun, aber wohl viel zu sagen; er selbst verlange demnach die Lesung der Proposition in öffentlicher Sitzung, auf daß eine feierliche Debatte den Gegenstand aufkläre. Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Herr von Salvandy, bemerkte: eine Proposition solcher Art, welche das ganze Wahlsystem modifizierte, könnte doch wohl nur am Schlusse einer Legislatur vorgebracht und votirt werden; seiner Meinung nach komme also Herr v. Remusat mit seinem Projecte jedenfalls zu ungelegener Zeit, denn die gegenwärtige Kammer habe eine noch zweijährige Existenz vor sich, und man habe keinen Grund, anzunehmen, daß ihre Dauer abgekürzt werden würde (s. weit. unt.).

Paris, 27. Febr. — Die Budgetcommission der Deputirtenkammer hat Hrn. Bignon zu ihrem Berichterstatter ernannt. — Die Deputirtenkammer setzte heute die Discussion des Entwurfs über den Staatsrat fort. — Hr. v. Remusat verlas in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer seine Proposition im Betreff der Beamten-Deputirten. Die Begründung des Antrags wurde auf nächsten Mittwoch anberaumt. — Es heißt, die französische Regierung habe sich bei dem Papst verwendet und dieser sich bewogen gefunden, vermittelnd bei dem General der Jesuiten einzutreten; in Folge dieser doppelten Bemühung würde die Gesellschaft Jesu freiwillig auf die Berufung nach Luzern verzichten. — Ueber Havre haben wir Newyorker Journale vom 6ten Febr. erhalten. Aus Vera-Cruz reichen die Berichte bis zum 14. Januar. Santa-Anna hatte sich nach seiner Niederlage bei Puebla in eine in der Nähe dieses Platzen gelegene kleine Stadt zurückgezogen, von wo er drei Commissäre nach Mexico sandte, um über seine Unterwerfung und über Verhütung weiteren Blutvergießens zu unterhandeln. — Die zu Vittoria entdeckte und vereitelte Militärconspiration hatte zum Zweck, den General Espartero von neuem als Regent zu proklamieren. — Briefe aus Mailand theilen mit, 20,000 Mann österreichische Truppen seien auf dem March, um die Armee in Italien zu verstärken; sie würden theils zu den Besagungen in den Hauptplätzen der Lombardei stoßen, theils einen Militärcordon an der schweizerischen Grenze bilden.

Spanien.

Madrid, 21. Februar. — Wie es heißt, wird Herr Castillo y Ayenza demnächst wieder von hier nach Rom abreisen, um die Unterhandlungen zur Wiederanknüpfung der Beziehungen Spaniens mit dem päpstlichen Hofe wieder aufzunehmen. — Bei den zu Vittoria verhafteten Individuen hat man Proclamationen gefunden, aus deren Inhalt hervorgeht, daß es bei dem Complot auf eine Wiederherstellung der Verfassung von 1839 abgesehen war. Der Aufruf schließt mit den Worten: Es lebe die Constitution von 1837, es lebe Isabella II! — Zu Burgos ist eine Verschwörung zu Gunsten des Präsidenten Don Carlos entdeckt und vereitelt worden.

Von der spanischen Grenze, 23. Februar. — Der Gesetzentwurf für Rückgabe der noch nicht verkauften Güter des Clerus beschäftigt die spanische Presse sehr lebhaft. Mehrere Journale betrachten ihn als der bürgerlichen und politischen Freiheit des Landes widerstrebdend. Der Clerus zeigt sich jedenfalls, trotz der Concussionen, die ihm die Regierung macht, unzufrieden und eine dumpe Gähnung herrscht in einigen Provinzen. Es heißt sogar, mehrere Pfarrer hätten ihre Mission eingeschickt, mit der Erklärung, sie könnten von dem Ertrage ihrer Stellen nicht leben, wenn nicht der Gehntn wieder hergestellt werde. Die Einkünfte der noch nicht verkauften Güter des Clerus werden auf etwa 10 Millionen Frs. geschätzt. Außerdem wird der Unterhalt des Cultus und Clerus, wie er geregelt werden soll, noch wenigstens 30 Millionen Frs. kosten.

Schweiz.

Zürich, 26. Februar. — Zweite Sitzung der außerordentlichen Tagsatzung vom 25. Febr. Die Eröffnungsrede des Herrn Präsidenten lautet in ihren Haupttheilen folgendermaßen: „Bei dem drängenden Ernst der Zeit werde ich Sie, Eit! nicht hinhalten mit langer Rede, aber einige Worte seien mir vergönnt. Wenn ich mich freimüthig äußere, so geschieht es nicht, um irgendwie zu verlezen, sondern, weil ich das tiefe Gefühl unmöglich unterdrücken kann, das die Zerstörung des Vaterlandes in mir weckt. Die erste Veranlassung zu der Aufregung, die einen großen Theil des Schweizervolks ergripen hat, liegt unzweifelhaft in der Berufung des Jesuitenordens an die theologischen Lehranstalten zu Luzern. Schon auf der ordentlichen Tagsatzung des Jahres 1844 wurden mit Nachdruck die Gefahren hervorgehoben, welche manche eidgenössische Stände theils in der weiteren Verbreitung dieses Ordens in einem von protestantischen und katholischen Wirkungskräften gebildeten Bunde, theils in seiner politischen Wirksamkeit an einem der drei Vororte erblickten. Von den beiden Standpunkten aus hat das vorörtliche Einberufungsschreiben diese Besorgnisse klar und treu beleuchtet. Es spricht meine innigste Überzeugung aus, aber jene warnenden Stimmen blieben unbeachtet; das verlegte Ehr- und

Rechtsgefühl trug im Kanton den Steg davon; vergeblich versuchte Zürich noch einen letzten freundlichen Schritt. Schlagender als nie haben wir die trübende Erfahrung gemacht, wohin es führt, wenn die Bundesglieder nur an dem festhalten, was ihnen nach strengem Bundesrecht zulässig erscheint, ohne die Folgen für das gesammte Vaterland mit Unbefangenheit in Erwägung zu ziehen. An diese Erfahrungen haben sich auf der andern Seite die bedenklichsten Erscheinungen geknüpft. Das Gebiet eines souveränen Standes ist durch Freischaaren aus andern Kantonen auf eine durch nichts zu beschönigende Weise verlegt und von jenen der Versuch gemacht worden, die dort bestehende gesetzliche Ordnung der Dinge zu stürzen. Diesem Unterfangen wurde keine Hemmung entgegengestellt; die Schuldigen hat keine Strafe getroffen. Eine tiefere Wunde konnte dem Bundestag nicht geschlagen werden. Soithat steht die innere Schweiz fortwährend unter den Waffen, aus Besorgniß vor einem erneuerten Friedensbruch. Ihr gegenüber steigt die fiebereiche Bewegung von Tag zu Tag und es bedarf vielleicht nur eines unbedeutenden Zuslasses, so kommt der Bürgerkrieg zum wirklichen Ausbruch. Ueber mehrere Kantone hat ein Verein seine Wirksamkeit verbreitet, mit der offen ausgesprochenen Tendenz, zur Selbshilfe zu greifen, falls die oberste Bundesbehörde seinen Forderungen nicht Genüge leistet. Von allen Uebeln, welche die Eidgenossenschaft treffen könnten, bedroht keines seine heiligsten Güter in höherem Maße als eine solche Organisation der Anarchie. Zugleich sind in einem der blühendsten Kantone auf dem Wege der Revolution die verfassungsmäßigen Behörden gefallen, weil sie nicht im Sinne eines Theiles des Volkes die Instructionen entworfen und beschlossen hatten; in einem andern Stande ward die öffentliche Ruhe aus demselben Grunde ernstlich getrübt. Welch' hohe Gefahr für den eidgenössischen Verband darin liegt, wenn die wichtigsten Bundesfragen nicht durch die Behörden nach ruhiger Prüfung, sondern durch äußere Gewalt entschieden werden, das bedarf einer Auseinandersetzung nicht. Die dem Vaterlande geschlagenen Wunden zu heilen, den tieferschütterten Frieden zwischen den Eidgenossen neu zu begründen und zu festigen, das ist die Hauptaufgabe der obersten Bundesbehörde. Den h. Ständen steht es allein zu, die geeigneten Mittel aufzufinden und wirksam zu machen.

Aus der Schweiz, 24. Februar. (Schwäb. M.) Es haben sich alle Kantongesandtschaften und schon vorgestern auch die französische, österreichische, russische und sardinische Gesandtschaft in der Bundesstadt Luzern eingefunden. — In der Tagsatzung betrachtet man die indirekte Note des auswärtigen Ministeriums von Großbritannien als verfehlt. Der Unabhängigkeitssinn der Schweizer hält sich lieber an denjenigen Theil der Note, worin der englische Minister des Auswärtigen jede Absicht einer Einmischung in die innern Angelegenheiten der Schweiz in Abrede stellt.

Narau, 23. Februar. — Die Luzerner Flüchtlinge, an der Zahl viele Hundert, halten heute in Reinach, nahe an der Luzerner Grenze, große Heerschau. Sie sind bewaffnet und führen eine Fahne mit der Inschrift: „Sieg oder Tod!“ Wenn es dieser Condéschen Armee nicht an Muth gebreicht, in die verlassene Heimat einzubrechen, so ist man hier überzeugt, daß es ihnen gelingen werde, das verhasste Regiment zu stürzen.

Waadt. In Morges wurde Sonntags während des Gottesdienstes ein Freiheitsbaum vor die Kirche gepflanzt unter dem Geschrei: à bas la religion! Die Vorbeigehenden wurden gezwungen, darum zu tanzen. In Lausanne hat man einen alten Geistlichen der église nationale, der seine Zustimmung zur Revolution verweigerte, in effigie verbrannt. — In den letzten Wochen sind zu Lausanne drei Katholiken zur reformierten Kirche übergetreten: ein im Wallis niedergelassener deutscher Schweizer, ein Priester aus dem Bisthum Clermont und ein junger Mann aus dem Pruntrutischen, der beim Nuntius d'Andrea zu Luzern eine Sekretärstelle versehen hatte und durch die unmittelbare Anschauung des Lebens und Wirkens dieses Beamten zu seinem Schritt bewogen wurde. Bei diesem Anlaß ist es denn auch zur Gewissheit geworden, daß die päpstliche Nuntiatur in jedem Kapitel der katholischen Geistlichkeit der Schweiz einen Berichterstatter angestellt hat, der über jedes Mitglied alle Vierteljahr vertraute Mittheilungen zu machen hat, und daß diese von der Nuntiatur in ein besonderes Buch eingetragen werden.

Vom Rhein, 25. Febr. (N. R.) — Die Jesuitenfrage wird von Rom aus wahrscheinlich die Lösung erhalten, die ihr auf eidgenössischem Wege nicht gegeben werden kann, ohne den Bundesvertrag in seinem wesentlichsten Prinzip, der Kantonalintegrität, zu verletzen. Wenn diese Verletzung die Garanten des Bundesvertrags zu einer Intervention zwingen würde, einer Intervention, die, bei der Antipathie gegen die Jesuiten, eine höchst unpopuläre Maßregel sein müßte, so kann man jener großen deutschen Macht, die Rom zur Nachgiebigkeit in der Luzerner Jesuitenberufung zu bewegen, Schritte gethan hat, Solches nicht genug danken. Nur durch Verweigerung der Annahme der Berufung von Seiten der Jesuiten wird die obschwebende Frage, hinter der sich übrigens aller Parteistoff unserer Zeit

bietet, in einer Weise entschieden werden, die von der bestehenden Ordnung der Dinge abweicht. Wie man aus guter Quelle versichert, steht eine solche Verweigerung zu erwarten.

Tafel.

Rom, 15. Februar. (A. B.) Man sagt, die Regierung beabsichtige als Züchtigung für Ravenna, wo sich seit geraumer Zeit unter einem Theil der Bewohner ein Geist der Widersetzung kundgegeben, die dort residirende Legation aufzuheben und nach Faenza zu verlegen, wodurch letztere Stadt als Hauptstadt der Legation in eben dem Maße an Bedeutung gewinnen, wie jene in Nachteil gerathen würde. — Während man sich wegen Berufung der Jesuiten in der Schweiz streitet, weiß man hier immer noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob dieselben bei so bewandten Umständen dem Rufie wirklich folgen werden.

Miscellien.

* Das Journal de Bruxelles sagt: Herr von Bornstedt, welcher aus Frankreich verwiesen wurde, soll die Absicht haben, sich in Brüssel niederzulassen, wo er ein kleines Eigenthum ersteht wolle.

* In Paris erscheinen 439 Journale oder periodische Zeitschriften. 428 davon sind in französischer, 6 in polnischer, 3 in englischer, 1 in deutscher und 1 in spanischer Sprache geschrieben. Eine dieser Zeitschriften führt den Titel: „Annalen der Erzbruderschaft des allerheiligsten Herzens Maria;“ es erscheint monatlich und man kann in der Sakristei der Kirche Notre dame des Victoires darauf abonniren.

Lilse. (E. a. M.) Vergangene Woche wurde von einem Dorfe bei Mehlauken ein zwölfjähriger Knabe nach dem Sternbergischen Forst gesendet, um dürres Reisholz zu sammeln. Sein längeres Verweilen versehete die Eltern in Unruhe, man suchte in dem Forst nach und fand endlich Blutspuren und die Hälfte eines Armes. Gewiß ist der Knabe von einem Wolfe, dessen Spuren man schon in der Nachbarschaft Tags zuvor bemerkte hatte, angegriffen und verzehrt worden.

Danzig. (D. D.) In dem bergigen, an Thälern und Schluchten sehr reichen Kastuben sind viele Unglücksfälle durch den grossen Schneefall veranlaßt. Neun bepannte Schlitten sind in Verlusten, die mit Schnee erfüllt waren, gestürzt, mehrere Leute sind an andern Orten erstickt, einzelne Pferde sind im staubigen Schnee erstickt und es scheint, als habe man des Schnees noch immer nicht genug, denn außer, daß der Frost bis auf 20° R. kam, erregt fortwährendes Schneegesöber nachgerade Besorgniß, in der Stadt aber Mangel, da die Landleute gehindert werden ihre Vorräthe, auch Vieh nach der Stadt zu bringen.

Dresden, 27ten Februar. — Wiederum ein Unglücksfall, der durch Nachlässigkeit herbeigeführt worden. Gestern wurden in Friedrichstadt-Dresden die Nachbarn einer Dogelöhner-Familie, welche in einem kleinen Hause wohnte, darauf aufmerksam, daß die Leute seit mehr als einen Tag nicht außer dem Hause gesehen worden; es wurde der Polizei darüber Anzeige gemacht und diese ließ die Thüre öffnen. Ein trauriges Bild bot sich dar; in dem kleinen niedern Zimmer saß die Mutter mit einer Tochter vor einem mit Speisen besetzten Tisch ruhig da, sie erschienen tot; der Vater war auf der Ofenbank gekauert und sein Kopf lag halbverbrannt in der Ofenröhre. Zwei Töchter fand man in der Kammer tot in den Betten. Es war die Familie von fünf Personen durch Steinkohlendampf erstickt; wahrscheinlich war Esse und Ofen lange nicht gereinigt worden. Die Frau zeigte noch eine Spur von Leben und wurde in das Krankenhaus geschafft, wo sie jedoch nach zwei Stunden schon vollends verendete.

(Magd. B.)

Potsdam, 2. März. — In der Nacht zum 1. Isten d. ist eine Käze Retterin aus einer großen Feuersgefahr gewesen. In der zweiten Etage eines Hauses war unter einem eingemauerten Kessel wegen der Wäsche noch spät Abends ein starkes Dorfesfeuer angemacht. Darauf hatte sich die Magd, so wie alle Hausbewohner zu Bett begeben. Spät in der Nacht wird die in einer Kammer neben der Küche schlafende Magd durch eine Käze geweckt, die in derselben Kammer beständig gewesen war. Dieses Thier springt der Schlafenden auf den Kopf und miaut so läufig, daß diese erwacht. Magd munter. Nun empfindet sie einen erstickenden Brandgeruch. Sie steht auf und eilt in die Küche; da steht schon der Fußboden in Gluth. Durch zweckmäßige Anstrengungen wurde der Ausbruch des Feuers verhütet.

Düsseldorf, 1. März. — Nachdem gestern Nachmittag, wie wir bereits gemeldet, das Rheineis sich zum Abzuge anschickte, treibt dasselbe fortwährend in dicht gedrängten Massen an unserer Stadt vorbei. Das Wasser stieg gestern zusehends bis zu 12 Fuß, ist heute Morgen 9 Uhr aber wieder bis zu 6 Fuß 2 Zoll gesunken. Das imposante Schauspiel des Eisgangs bot mitunter auch einige komische Scenen, denn es führte einige Hasen und einen Fuchs vor, welche beständig sich

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 55 der privilegierten Schlesischen Zeitung.

Donnerstag den 6. März 1845.

(Fortsetzung.)

abmühten, der Gefahr des sie entzehrenden Todes zu ertrinken, oder von den Eisschollen zermalmt zu werden, zu entgehen. Der Fuchs entkam glücklich dieser Gefahr und erreichte das Land, um seiner Bestimmung entgegen zu eilen. Was aus dem Hasen geworden, weiß man nicht. (D. Z.)

Nicht bloß in den milberen Himmelsstrichen, auch in Grönland, ist der diesjährige Winter ungewöhnlich streng. Man hatte dort 40 bis 45 Grad, und in Jamessons-Land (unter 72 Gr. nörd. Br.) drei Tage lang 47 Grad Kälte. In einer einzigen Nacht waren eine Menge Füchse, weiße Hasen, Adler und weiße Bären — Thiere, welche sonst die heftigste Kälte ertragen — umgekommen. Gleichzeitig war das Land von einer epidemischen Krankheit heimgesucht, welche ihre Opfer in zwei Stunden dahinraffte.

(Preisfragen, gestellt vom Verein zum Schutze der Thiere zu Dresden.) Der hiesige Verein zum Schutze der Thiere hat in dem Streben, auf Minderung des unnützen Quälens der Thiere möglichst hinzuwirken, den Beschluss gefasst, einen Preis für die Beantwortung der Fragen zu stellen: 1) Welches ist die zweckmäßigste Weise, wie aller Art zur Schlachtbank zu transportieren? und 2) Welches ist die zweckmäßigste Art des Tötens aller zum Schlachten bestimmten Thiere, so daß in beiden Fällen der naturgemäße Nutzen des Schlachtviehes gesichert bleibt, dabei aber die unnütze Quälerei desselben vermieden werde? Die Concurrentschriften sollen in deutscher Sprache geschrieben, bis Ostern 1846 an das unterzeichnete Directorium eingesandt und mit einem Motto versehen werden, welches dem Couvert des versiegelten Namens beizufügen ist. Dazu etwa gegebene Zeichnungen werden willkommen sein. Die gesammelten

Manuscripte werden sodann von einer Commission, welche von dem k. hohen Ministerium des Innern auf unterthäniges Ansuchen bereits ernannt worden ist, geprüft werden, und diese Commission wird, insofern überhaupt die gestellte Aufgabe als gelöst zu betrachten ist, die des Preises würdigste Schrift bezeichnen. Als Preis werden zwanzig Ducaten, zahlbar 3 Monate nach dem oben gestellten Termine, ausgesetzt. Die Preischrift wird Eigenthum des Vereins und von demselbentheils in dem vom Verein herausgegebenen Volksblatte „Der Menschenfreund“ in seinen Beziehungen zur belebten Welt“ oder auf sonst beliebige Weise veröffentlicht und benutzt werden. Dresden, den 21. Februar 1845. Das Directorium des Vereins zum Schutze der Thiere. Der Major Serre auf Maxen, als Vorstand.

Schlesischer Nouvelles-Courier.

Schlesische Communal-Angelegenheiten.

Strehlen, 1. März. (Stadtverordneten-Beschlüsse. Sitzung am 19. Februar.) In derselben wurde Nachahmung verhandelt, resp. beschlossen: Von dem Magistrat war der Versammlung der Entscheid der Königl. Hochl. Regierung zu Breslau auf die Beschwerde eines im hiesigen Kreise bisher wohnhaft gewesenen Individuums, dem seine Niederlassung hierorts aus mehreren triftigen Gründen polizeilich nicht gestattet wurde, mitgetheilt worden, wonach hochdieselbe nicht nur mit dem Verfahren des Magistrats nicht einverstanden ist, sondern dasselbe sogar missbilligt. Die Versammlung erklärte hierauf, wie es ihr längst bekannt sei, und wie sie aus vorliegender Piece auss Neue ersehe, wie schwer es für die Polizeiverwaltung sei, fremden anziehenden Personen die Niederlassung zu verweigern, selbst dann, wenn die Furcht, daß solche in nicht zu langer Zeit entweder der Armenpflege zur Last fallen, oder der Stadt anderweitige Kosten verursachen, eine ganz begründete sei. Dass aber der Magistrat auch in diesen Angelegenheiten nie stets das Wohl der Commune im Auge hat, diese Überzeugung hat die Versammlung seit lange schon getragen, weshalb sie denselben ersuchte, auch für die Folge in diesem Streben nicht zu ermüden. Uebrigens wäre den Hausbesitzern, was gleichfalls in der Versammlung ausgesprochen wurde, mehr Vorsicht in der Vermietung von Wohnungen an fremde Personen — die wie die Erfahrung mehrfach gelehrt hat, aus den Landgemeinden aus Besorgniß einer zu erwartenden Last, nicht selten absichtlich verdrängt werden — zu empfehlen, da der Commune aus solchen Ansiedlungen schon sehr erhebliche Nachtheile erwachsen sind. Aufsicht des Conferenz-Beschlusses vom 13. Nov. 1844 wegen Einreichung einer Petition an den schlesischen Provinzial-Landtag, worin die Revision und theilweise Abänderung des Stadt-Feuer-Sozietäts-Reglement vom 6. Mai 1842 beantragt wurde, war eine solche entworfen und von dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung durch unsern Landtags-Abgeordneten dem Herren Landtags-Marshall übergeben worden. Dieselbe berührt vorzüglich das Misshandlung der verschiedenen Klassensäße zu einander und schlägt deshalb die in den angekündigten Conferenz angenommene Classification vor, daß nämlich fernherhin die 1. Klasse 2 1/2 Sgr., die 2te 3, die 3te 3 1/2, die 4te 4, die 5te 4 1/2, die 6te 5 Sgr. von 100 Rtl. der Versicherungssumme entrichte. Demnächst wurde in derselben dem hohen Provinzial-Landtag vorgestellt, wie es dadurch, daß es den Hausbesitzern, selbst denjenigen, welche durch Hülfte der erhaltenen Brandbonification wieder aufzubauen, freistehet, aus der Societät auszuscheiden, leicht dahin kommen könne, daß das Fortbestehen derselben eine Unmöglichkeit würde, was gewißlich nur sehr zu bedauern sein würde, und daß es daher recht wünschenswerth erscheinen müsse, die Zwangspflicht zum Verbleiben in dem Verband für die abgebrannten und mit Hülfte der Brandbonification erbauten Gebäude wiederhergestellt zu sehen.

* Ganth, im Febr. (Eingesandt.) — Wie wohlthätig eine eifige, umsichtige und pflichtgetreue Communal-Verwaltung, so auf den ganzen Stadtkörper, wie auf jeden einzelnen Theil derselben einwirke, und wie ersichtlich die Folgen einer solchen Administration für die betreffenden Communen überhaupt seien, dazu ließt unsrer freundliches Städtchen — Vielen früher eine terra incognita und durch den in seiner Nähe belegten Bahnhof der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn in großertheils erst bekannt geworden — den redesten Beleg. — Während der 28jährigen Amtsleitung des jetzigen Bürgermeisters, von 1816 an, ist hier nämlich ein so reges Communalleben erblüht und dessen erquickender Einfluß hat in jeder Beziehung sich so sengreich erwiesen, daß es nicht un interessant sein dürfte, die hauptsächlichsten Resultate desselben einmal öffentlich vorzulegen. — Zunächst richten wir den Blick auf unsere

Kassen-Verwaltung. — Welch' ein anmutiges Bild musterhafter, nachahmungswertcher Ordnung bietet sich da dem Auge dar! — Sämtliche Rechnungen des verflossenen Jahres werden schon im Januar des nächstfolgenden gelegt, revidirt, dochgirt und schließen (ein gewiß seltenes Vorkommen) alle ohne Reste ab; überdies stellt eine Erhöhung des betreffenden Etats, wie nicht anders zu erwarten, sich durchgehend heraus. — In jeder Beziehung nimmt die Kämmerei-Kasse unsere Aufmerksamkeit zuerst in Anspruch. Da sie im Jahre 1816 mit einer Einnahme von nur 1207 Rtl. 4 Sgr. 7 Pf. abschloß; 1844 aber schon ein Einkommen von 6905 Rtl. 29 Sgr. 9 Pf. nachweist; so legt sie von dem in unserem Stadthaushalt erstrebten bedeutenden Fortschritt bestimmt das beredteste Zeugnis ab. Ihr zunächst gedenken wir der Forst-Kasse, deren jährige Einnahme die von 1816 um 200 Rtl. übertagt, so wie des, der Brau-Commune zugehörigen, unter der speziellen Leitung des Bürgermeisters verwalteten Brauwerks, dessen jährlicher Ertrag ein Plus von 300 Rtl. gegen 1816 nachweist, und können wir nicht umhin, dabei lobend zu bemerken, daß die früher ganz verfallene Brauerei auf einem von dem königl. Fiscus acquirirten Platze, mit einem Kostenaufwande von 5460 Rtl. neu erbaut, auch diese Summe aus den 572 Rtl. betragenden jährlichen Pachtgeldern allein, ohne alle Concurrenz der Brau-Commune, bis auf 3756 Rtl. bereits abgeschüttet worden. — Ferner erwähnen wir der Ziegel-Kasse mit 351 Rtl. 19 Sgr. 5 Pf., der evangelischen Schul-Kasse mit 313 Rtl. 11 Sgr. 8 Pf. (bis 1819 befand sich eine evangelische Schule nicht am Orte), wie endlich der katholischen Schul-Kasse mit 1202 Rtl. 17 Sgr. jährlicher Einnahme, und glauben, daß diese den magistratalischen Acten entnommene Darstellung unserer Kassen-Verwaltung, für den geforderten Zustand derselben genügende Bürgschaft leisten werde. — Aber auch in anderer Hinsicht ist der Vortheil der Commune fortwährend sorgfältig überwacht und bestens bedacht worden. — So wurde durch die im Jahre 1835 erfolgte Gründung eines evangelischen Kirchensystems, dem tiefgefühlten Bedürfniß der evangelischen Bewohner hiesigen Ortes, deren Zahl sich seit 1816 um 170 Seelen vermehrt hatte, nicht nur abgeholfen; sondern auch ein kräftiger Impuls zu einem lebhafteren Verkehr hierorts gegeben. Die katholische Schule, früher von einem Lehrer mit Hilfe eines Adjutanten versehen, wurde im Jahre 1843 um eine Klasse vermehrt, und damit außer einer Trennung der Geschlechter in den beiden oberen Klassen, welche Notth that, auch eine Verstärkung der Lehrkräfte und Erweiterung des Lehrplanes bezweckt, so daß jetzt in drei Klassen drei wacker, für ihr Amt erglühende Lehrer arbeiten, von deren bisheriger Wirksamkeit das Beste für die Anstalt sich hoffen läßt. — Sodann danken wir der Fürsorge unsrer städtischen Behörde außer Mehrerem die Etablierung eines Wochenmarktes 1836, die Errichtung einer Waage-Anstalt, deren der Kämmerei-Kasse zufließenden Revenüen nicht unbeträchtlich sind; eine wiewohl bescheidene, doch aber ausreichende Straßenbeleuchtung, gleichwie die zum größten Theil jetzt vollendete Herstellung unsres Straßenspalters, das sich vordem in dem erbärmlichsten Zustande befand und schwer zu passiren war; ja sogar für die Instandsetzung der Communalwege ward nach Möglichkeit gesorgt, obschon hierbei namentlich in Bezug auf die nach dem Bahnhofe führende Straße, noch Bedeutendes zu wünschen übrig geblieben, das wir zur balzigen Berücksichtigung hiermit angelegerlichst empfehlen. — Nehmen wir zu diesem Allen noch, daß unsrer Städtchen schon 1819 schuldenfrei geworden ist, und außerdem die Wohlthat der Befreiung von den Criminaalkosten für unvermögende Verbrecher, die nur sehr wenigen Städten bisher zu Theil geworden, bereits seit 1838 genießt; so läßt sich wohl nicht leugnen, daß der Zustand derselben in jedem Betrachte zufrieden stelle und das Tageslicht nicht scheuen dürfe und schließen wir

daher unsren Bericht mit einem Wunsche, von dessen Realisirung wir im Voraus überzeugt sind, dem nämlichen: unsere Communal-Verwaltung möge die einmal mit Glück betretene Bahn des Fortschrittes rüstig verfolgen, um so mehr, als ihr durch die Allerhöchst ge stattete Veröffentlichung der Stadtverordneten-Berhindlungen das geeignete Mittel dazu bereits an die Hand gegeben ist!

M. J.

Tagesgeschichte.

** Breslau, 5. März. — Der erste Gottesdienst der christlich-katholischen Gemeinde wird sicherem Vernehmen nach folgenden Sonntag den 9. März früh Morgens 9 1/2 Uhr in der vom Magistrat hochgeneigtest gewährten Armenhauskirche abgehalten werden. Da jedoch der Raum dieser Kirche eine große Menschenmenge nicht zuläßt, so kann der Einlaß nur den Mitgliedern der neuen Gemeinde oder überhaupt gegen Bezahlung der gewöhnlichen Karten gestattet werden. Außer dem Curatus, dessen Beitritt zur neuen Gemeinde, wenn auch im römisch-katholischen Kirchenblatte merkwürdiger Weise in Abrede gestellt, vollkommen sicher ist, hat sich auch noch ein Kaplan zur Aufnahme gemeldet. Auch sind 2 Beamte, ein Organist und ein Kirchendiener, bereits angestellt worden. Die erste Abendmahlfeier wird in der Charwoche stattfinden. Der grüne Donnerstag wäre wohl dazu der geeignete Tag. — Am gestrigen Tage erhielt die neue Gemeinde folgende wertvolle Geschenke: 1) vom Herrn Kaufmann Swinger zwei kunstvoll gearbeitete silberne Altarleuchter nebst Kerzen; 2) von der verw. Frau Rittergutsbesitzerin Korn ein Altarskreuz aus Eisenstein gearbeitet, auch als Antike von hohem Werth; 3) von einer ungenannten Dame einen Kelch nebst Patene. — Herr Ronge erhielt einen goldenen Siegelring.

+* Breslau, 4. März. — Die neulich in den Zeitungen unter den Annonen angekündigte Schrift: „Frage an die Allgemein-christliche Kirche vom Standpunkte der evangelischen Kirche“ ist nicht, wie einige glauben, von dem durch mehrere historische Werke sehr vortheilhaft bekannten Dr. Wuttke in Leipzig, sondern von einem Kandidaten Adolf Wuttke, der neulich einen kleinen Aufsatz über Schulterrorismus (!!) in den Provinzialblättern hat abdrucken lassen. Uebrigens bedürfen die gestellten Fragen keiner Antwort.

* Breslau, 5. März. — Wie wir vernehmen, hat der geachtete hiesige Arzt Herr Dr. Lindner, welcher schon mehreren milden Anstalten Breslau's, z. B. den Klöstern der barmherzigen Brüder und den Elisabethinerinnen bedeutende Schenkungen gemacht hat, in diesen Tagen den hiesigen Erziehungs-Anstalten für Taubstumme und für Blinde dreitausend Thaler zu gleichen Theilen geschenkt.

+ Breslau, 3. März. — Gestern Nachmittag wurden in der Nikolai-Vorstadt zwei vor einen Schlitten gespannte Pferde, in Folge der Trauermusik bei einem in der Nähe vorübergegangenen Leichenzuge schau, gingen durch und überrannten mit dem Schlitten einen Knaben und ein Mädchen, die stark verletzt aufgehoben wurden und nach Hause gebracht werden mußten.

** Hirschberger Thal, Ende Febr. — Das Interesse an den kirchlichen Bewegungen unserer Zeit ist fortwährend im Wachsen. Die hier einschlagende Broschüren-Literatur wird mit Aufmerksamkeit verfolgt. Bis in die entferntesten Dörfer und hier wieder in die niedrigsten Hütten machen sich die Flugblätter und Bogenbildungen ungemein, um soviel Neuerscheinungen Beiträge zur Erweiterung der Taschengesprächen zur Kenntnis zu erhalten. Aller Gegenbestrebungen ungeachtet, ist der Sinn des Volks in unserm Thale, namentlich wo die Lehrer ihre Aufgabe, einen bildenden Umgang mit den Leuten zu pflegen, kennen-

so gesund, daß an eine Knechtung nicht gedacht werden darf. Ueberall wünscht man der Bildung der deutsch-katholischen Gemeinden guten Fortgang. Hierbei darf ich Ihnen aber eine Bemerkung nicht verhehlen, die ich vielseitig vernommen habe. Man wünscht — wenn ich sage „man“ — so mein ich die ins Selbstbewußtsein des neunzehnten Jahrhunderts Erwachten — daß man doch ja bei Abschaffung des Glaubens-Bekenntnisses recht vorsichtig zu Werke gehen möge, auf daß, während man auf der einen Seite Fesseln bricht, man nicht auf der andern neue mache. Soll ein Glaubensbekenntnis nicht drückend werden, so muß es so frei gefaßt sein, daß es nicht nur das religiöse Selbstbewußtsein der Zeit, welcher es seine Entstehung verdankt, ausdrückt, sondern auch mit keinem in der Zukunft sich entwickelnden religiösen Zeitbewußtsein in Widerspruch tritt, wie das mit den bestehenden kirchlichen Dogmen und Symbolen theilweise der Fall ist. Ein Glaubensbekenntnis, das diese freisinnige Fassung nicht hat, macht Heuchler und trägt den Samen zu neuen Spaltungen in sich. Wenn wir aber den kirchlichen Bewegungen der Gegenwarttheilnehmend folgen, so geschieht es nur, weil wir darin ein Mittel zur endlichen Vereinigung unsers Volks erblicken, nicht aber den Zwietrachtssatzel neuer Trennungen. Von vielen Protestanten habe ich den Wunsch aussprechen hören, die neuen kathol. Gemeinden möchten sich nach den freisinnigsten Grundsätzen gestalten, damit endlich die evangel. Kirche ihren Symbolen entwachsen, sich mit ihnen vereinigen könnte zur Bildung einer wirklich katholischen Kirche. Die Protestanten haben bei der kathol. Kirchenreform ein tiefes Interesse, als der oberflächliche Blick glaubt. Ihre Kirche selbst zeigt innerlich zwei Hauptrichtungen, eine starre, am Wortverstände des Buchstabens hangende und eine fortschreitende, gegen jede Geistesfesselung protestirende. Sollten die entsprechenden Richtungen der kathol. und evangel. Kirche nicht in irgend einem Punkte zusammenkommen? — So weit meine Kenntniß reicht, hat hier das Breslauer Glaubensbekenntnis mehr, als das Schneidemühl er gefallen. Das vollständige religiöse Zeitbewußtsein drückt aber auch das erstere nicht aus. — In Stionsdorf ist die Predigewahl gewesen. Wahlqual. Nun die Wahlqual hat die Gemeinde überstanden. Wir wollen nun erwarten, ob der neue Geistliche das religiöse Zeitbewußtsein des neunzehnten oder des sechszehnten Jahrhunderts repräsentieren wird. Einige Stionsdorfer sind, es läßt sich nicht wegleugnen, trotzdem Berge und Felsen, mit denen ihr Dörflstein eingefasst ist, fürs neunzehnte. In der Gegend von Buchwald spürt man dem Berf. eines Artikels in der Schles. Chron. dd. Warmbr., diese Angelegenheit besprechend, nach, wahrscheinlich blos, um ihm eine Anerkennung gehörigen Orts auszuwirken. — Die Warmbrunner sind mit ihrer Wahlqual noch nicht zu Ende; es geht, wenn ich nicht irre, ins vierte Jahr. Kirchenkollegium und Gemeinde sind gegenwärtig in Bezug auf das zu Wählenden nicht einverstanden.

— Landeshut, 2. März. — Seit dem 1. Februar ist durch geeignete Postverbindung zwischen hier und Freiburg der Verkehr vom hiesigen Orte aus mit der Haupstadt der Provinz wesentlich erleichtert worden, so daß wir jetzt bequem in einem Tage nach Breslau und zurückreisen können und dem Reisenden noch ein Aufenthalt von 6—7 Stunden daselbst vergönnt ist. Es möchte dies wohl für jetzt die schnellste und leichteste Verbindung bleiben, die zwischen unserm Thale und Breslau herzustellen wäre. Vora von dem Project einer Weiterführung der Eisenbahn über Freiburg hinaus nach dem Hirschberger Thal, welches von einigen großen Grundbesitzern unserer Nachbarschaft, durch deren Gebiet diese neue Bahnstrecke führen würde, in Anregung gebracht worden sein soll, verlautet jetzt nichts mehr, so groß auch die Vortheile und Annehmlichkeiten gewesen sein würden, die dadurch sowohl den Bewohnern der Haupstadt, als auch denen des Hirschberger Thales würden geboten worden sein. Für diesen Fall würden auch wir eine noch nähere Eisenbahnstation als Freiburg erhalten haben. Es ist wohl aber anzunehmen, daß es aufgegeben worden ist, obwohl es nicht so unwahrscheinlich erscheint, daß die neue Bahnstrecke, wenn das Terrain nicht allzugroße Schwierigkeiten zu überwinden nötig gemacht hätte, sicherlich rentiert haben würde. — Wenn wir aber auch jetzt schon Breslau so viel näher gerückt sind, daß sich auch bei uns der Einfluß einer solchen näheren Verbindung einer Provinzialstadt mit der Haupstadt geltend macht, so wird man denn auch, da die nothwendige Folge davon nicht ausbleiben kann, daß nämlich ein Theil unsers Publikums und zwar gerade der wohlhabendere, viele seiner Bedürfnisse aus der Haupstadt zu beziehen versuchen wird, wie es mit mehreren Artikeln seither schon geschehen, sehr bald von unsrer Gewerbe- und Handelsreibenden die bekannten Klagen über die Nachtheile der Eisenbahnen für kleinere Städte vernehmen können. Wir brauchen hier nicht auseinanderzusetzen, was oft schon gründlich genug dargethan worden ist, daß das Uebel ganz anders sitzt, und daß diese Nachtheile, wo sie hervortreten, größtentheils selbst verschuldet sind. Nur den alten Schlendrian wird man aufgeben und aus der lethargie-

welch man sich erheben müssen, womit bisher vielleicht Mancher sein Gewerbe betreiben konnte, weil er sich auf die Nothwendigkeit verließ, daß ihm seine Waaren und Produkte abgenommen werden müssten, indem es an der Konkurrenz fehlte. Nur wer da, wo Alles fortschreitet, stehen bleibt will, wird zu Boden gerissen und wird von der vorwärts dringenden Masse erdrückt. Es kann aber in der That unserm Gewerbestande nicht schwer fallen, bei gleichen Leistungen die Concurrenz mit der Haupstadt auszuhalten; er wird seine Erzeugnisse bei gleicher Güte mindestens eben so billig liefern können, und das Publikum, das jetzt recht wohl weiß, daß die Meinung, es seien die billigeren Waaren aus der Haupstadt oft auch die besseren, nicht immer auf einem bloßen Vorurtheil beruhen, wird eines Besseren überzeugt, sehr bald davon zurückkommen. Der Producent beeifft sich demnach mit der Zeit fortschreitend, den gesteigerten Anforderungen in eben dem Maße, wie anderwärts zu entsprechen, damit sich seine Waaren, bei mindestens gleicher Billigkeit, eben so durch wohlgefälliges Aussehen, wie durch innere Güte empfehlen. Die Consumenten aber mögen dann auch mit ein wenig Rücksicht, die sie dem Orte und der Commune, der sie angehören, schuldig sind, nicht eigensinnig in jenem Vorurtheil beharren, damit sie sich nicht zu ihrem eigenen Schaden dem Falle aussehen, der That ist, daß sie Gegenstände, die für größere Handlungen der Haupstadt hierorts von thätigen und geschickten Arbeitern gefertigt waren, dort teurer kauften, als sie sie hier hätten haben können. — In der Nummer 7. unsers Wochenblattes vom 14. Febr. veröffentlicht die „Bürger-Unterstützungs-Deputation“ ihren ersten Jahresbericht über Vermögen und Wirksamkeit der Anstalt. Sie hatte bei ihrer Gründung im September 1843 ein Stamm-Capital von 150 Rthlr. aus Communal-Mitteln erhalten, welches sich durch Geschenke und Sammlungen bis Ende des J. 1843 auf 173 Rthlr. und im J. 1844 bis zu 254 Rthlr. vergrößert hatte. Es wurden seit der Stiftung bis Ende v. J. im Ganzen 73 Bürger mit Darlehen von 5 bis 20 Rthlr. im Gesamtbetrag von 874 Rthlr. unterstützt. Die bedeutendste Vergrößerung hatte im Laufe des v. J. das Kapital durch den der Kasse geschenkten Ertrag einer vom hiesigen Bürger und Kaufmann Hen. Hayn zusammengestellten und herausgegebenen Chronik der Stadt Landeshut in Form eines Tagebuches, erhalten. Es ist dieselbe, vor ungefähr einem Jahre angefangen und noch nicht ganz vollendet, und wenn auch neben vielen interessanten Notizen, die es gebracht, namentlich in der Auswahl des Stoffes zuweilen mehr Sichtung und in der Darstellung hier und da ein korrekter Styl zu wünschen gewesen wäre, so verdient doch das eben so mühsame als uneigennützige Unternehmen schon um seines bürgerfreudlichen Zweckes willen, den vollen Dank der Commune, und wir hoffen, daß der Herausgeber sich durch eben so kleinliche als gehässige Mäkeleien an einzelnen Ausdrücken und vermeintlichen oder wirklichen Verschöpfungen, durch die sich einige jüdische Bewohner unserer Stadt vernachlässigt oder verachtet wähnten, nicht eben sehr wird haben irritiren lassen. Wir können, was die Bürgerrettungs-Anstalt betrifft, nur in den Wunsch der mit der Leitung derselben beauftragten Deputation einstimmen, daß sie durch ihr zuständige Geschenke in den Stand gesetzt werden möge, eine immer segensreichere und wohlthätigere Wirksamkeit zu entfalten. —

* Kreis Namslau, 1. März. — Nachdem alle Zeitschriften sich in confessionellem Streite herumtummeln, Broschüre auf Broschüre erscheint und die kirchlichen Verhältnisse zum Tagesgespräch geworden sind, könnte es auch nicht ausbleiben, daß auch dem niederen Stande diese Wirren nicht unbekannt bleibent, und daß sie für diesen wahren Wirren sind, bidaf wohl keiner Erörterung, und wenn auch sonst bei dem niederen Volke alle Neuerungen an der Macht der lieben Gewohtheit scheitern, so äußern doch hier, wo es sich um das Höchste, das Einige des ungebildeteren Theiles, seine Religion, handelt, das Herz, der Glaube und ein natürlichen Verstand eine Ueberlegenheit gegen das gewohnte Gleishalten, um so mehr als von römisch katholischer Seite grade das durch ihr unrichtiges Gebaren befördert wird, was si wohl unterdrückt zu wissen wünschte. Indem wir nun durch Schneidemühl, Ronje ic. aufmerksam gemacht und aufgeregert worden sind, und durch deren Schriften, die bei ihrer Gründlichkeit und Fazilität auch dem einfachen Landmann Zweifel in seinem früheren blinden und unbedingten Glauben erregten, dessen Felsenfeste übrigens Mancher aus Ihrer Mitte, meine hochwürdigen Herren Geistlichen, durch unkritische Gewaltstreiche längst bereits erschütterte, — vielseitig andere Ansichten gewonnen haben, Sie aber, als die hiesfür berufenen Vertreter insgesamt dazu schweigen, denn daß Sie die Persönlichkeit von Ronje, Gersky ic. so schmählich angreifen, über Freigeister und schlechte Presse eifern ic., dies kann und wird uns nicht genügend sein, da uns weniger die Person als die Sache interessirt und diese mit jener nichts gemein hat, so fordere ich Sie denn im Namen Vteler auf uns, da sich die Gelegenheit Ihnen ja so vielseitig darbietet, Aufklärung zu verschaffen, ob und in wie weit und wodurch sich die Grundsätze und Meinungen der

Deutsch-Katholiken widerlegen lassen und selbe auch wirklich zu widerlegen, um uns zu überzeugen, daß das, woran die gebildete Welt nunmehr so vielen Anteil nimmt, ein Falsum sei. Warum schwiegen Sie bisher? Halten Sie diese Wirren für so kleinlich und unbedeutend, daß sie den Katholizismus der lesteren Jahrhunderte nicht gefährden können? Was ist die Tendenz Ihrer scheinbaren Ruhe? (scheinbar nenne ich sie, weil wir wohl sehen, daß es auch Ihnen nichts weniger als gleichgültig, sondern Sie wohl recht sehr bewegt sein mögen). Oder ist es etwa die Furcht der Ohnmacht und Kraftlosigkeit einer etwaigen Wahrheit zu begegnen? — Die letztere Meinung muß sich uns unwillkürlich aufdrängen, denn unsere eigene Unruhe und unser Sehnen und Ringen nach Licht gewährt uns die Ansicht, daß es hohe Zeit sei zu sprechen und jene aufgestellten Meinungen mit Gründen und Thatsachen schlagend zu widerlegen. Auf denn! wenn Ihnen das Seelenheil Ihrer Kirchkinder, wie es Ihnen ja Ihre Priesterpflicht befiehlt und wie Sie es ständig laut preisen, wahrhaft am Herzen liegt und Ihnen das Gefühl, das Bewußtsein einer schwankenden Volksmenge, die reine Wahrheit offenbart und sie ihrem geistigen Wohle wieder fester zugeschaut zu haben, nur irgend mehr Besteidigung gewährt, als müßig im Schoße einer theilnahmlosen Herzlosigkeit geschwiegelt und Ihre Pflegebefohlenen aus Trägheit oder böser Absicht in einer gefährlichen Einöde ohne den Trost einer Richtung zum Ziele verlassen zu haben, dann auf zur Volkes durch Ausübung Ihrer Pflicht, und überzeugen Sie uns, daß, nicht etwa jene Verkünder der aufgestellten Grundsätze Freigeister, fehlerhafte Menschen, Wollüstlinge ic. seien, — nein, daß deren aufgestellte Ansichten nicht von Christus, sondern erst von Päpsten in späteren Jahrhunderten eingesührten Bräuche — böswillige Jeschümer seien, beweisen Sie uns, daß die Päpste das Recht hatten, Bräuche einzuführen, die die geistige Freiheit des Menschen mit ehrernen Banden fesseln und den freien Gedanken und Lusflug, selbst zu Gott, mit der Sclavenzuthet des blinden Glaubens niederrüttigen; ob sie das Recht haben, über das geistige und leibliche Wohl der Christenheit frei bestimmen zu können und daß diese Rechte den Päpsten von Christus unbedingt zugethießen wurden, beweisen Sie uns, daß im 19ten Jahrhundert endlich die Zeit erschienen sei, wo das Seelenheil des katholischen Christen in der gemischten Ehe gefährdet ist, überführen Sie uns der Nothwendigkeit, diesseits körperlich und geistig leiden zu müssen, um Jenseits selig werden zu können, beweisen Sie uns, wodurch die Ohrensbeichte sich rechtfertigen läßt, eben so wie Ihnen das Recht zusteht, den Läufing dem protestantischen Laufzeugen abzunehmen, um ihn seinem katholischen Pathen zu übergeben, um Eltern und Pathen dadurch zu compromittieren! Schweigen Sie nicht länger, sondern führen Sie uns die Beweise vor Augen, aber nicht jesuitischen Wortkram oder Einwürfe von Politik, wie wollen in unserer innigsten Herzenssache nicht Politik, nicht blinden Glauben, wir wollen hell sehen, wir wollen Wahrheit, oder aber, wenn Sie in Ihrem Schweigen beharren, müssen wir uns zu der Überzeugung hinwenden, daß Sie im Gefühle des eigenen Unrechtes und ohne den Besitz eines Beweises schweigen müssen, und in dieser Überzeugung könnten und müssten wir als eins von ihren Hirten verlassene Herde uns nur dahinwenden, wo uns der Glanz der Wahrheit ohne Furcht öffentlich und überzeugend entgegenstrahlt und wo es Zweck ist, sich wechselseitig in diuidamer Eintracht als Bilder und Kinder eines Vaters zu lieben, und das Band der Liebe und Eintracht bindet fester und inniger als der Zwang geistiger Tyrannie, deren Frohnknechte Hass und Verfolgung sind.

Eine Stimme aus dem Volle.

Aktion. Course.

Dr. Umsch in Aktion war ziemlich lebhaft, mehrere sind Oberf. Lit. A. 4% p. C. 124 Gld. Prior. 103¹, Br. Oberf. Lit. B. 4% p. C. 115¹ Gld. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% p. C. ad gest. 118% bez. Rheinische 4% p. C. 96¹ Br. Rheinische Prior.-Stamm 4% Zus.-Sch. p. C. 109% bez. Ost-Deutsche (Köln-Mind. Zus.-Sch. p. C. 110% bez. Niederschles. Märk. Zus.-Sch. p. C. 113% bez. u. Br. Zweig. (Glog.-Sag.) Zus.-Sch. p. C. 104% Br. Sächs.-Schles. (Dresden-Görl.) Zus.-Sch. p. C. 116 Br. ditto Bairische Zus.-Sch. p. C. 102 Gld. Reiss-Wieg Zus.-Sch. p. C. 105% bez. Krakau-Oberschles. Zus.-Sch. p. C. 111% u. 111% bez. Wilhelmshafen (Rosel-Oderberg) Zus.-Sch. p. C. 116% Br. Berlin-Hamburg Zus.-Sch. p. C. 118% u. 117% bez. u. G. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn p. C. 102¹-102¹ bez. 1b.

Für die christ-katholische Gemeinde zu Breslau sind bei Dr. Behnisch Breite Straße No. 4) ferner eingegangen:

Bon Fräulein H. v. I.	2	—
Her. v. I.	2	—
V. v. I.	2	—
Summa	231	Br. 15 Gdt.

